



Neujahrsempfang 2019

Guten Morgen sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie alle heute zum Neujahrsempfang 2019 gekommen sind!

Ich freue mich über die Gäste aus dem Deutschen Bundestag sowie aus dem nordrhein-westfälischen Landtag. Ihnen und auch den Mitgliedern des Regionalrates sowie den Vertretern der Landschaftsversammlung des LWL ein herzliches Willkommen. Einen herzlichen Willkommensgruß richte ich ebenfalls an die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes sowie die Repräsentanten der Gerichte und ich begrüße ganz herzlich unsere ausländischen Gäste und die Vertreter des Militärs.

Ebenso freue ich mich über die zahlreichen Gäste der kommunalen Familie, darunter der Landesdirektor, die Vertretung des RVR, die Oberbürgermeister, die Landräte, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus unserem Regierungsbezirk.

Ich begrüße die Vertreter der Kath. Kirche, der Ev. Kirche von Westfalen und den jüdischen Gemeinden.

Ich freue mich über die Gäste aus Wissenschaft und Forschung, ich begrüße die Vertreter der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, der Fachhochschule Münster, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und der Westf. Hochschule Gelsenkirchen.

Ich freue mich über die Anwesenheit unseres Polizeipräsidenten und unserer beiden Polizeipräsidentinnen. Besonders begrüßen möchte ich auch die Vertreter der Wirtschaft, der Banken und Sparkassen, der Industrie- und Handelskammer Nordwestfalen, der Handwerkskammer, der Westdeutschen Lotterie sowie die Vertreter vom Münsterland eV und der EUREGIO. Ebenfalls begrüße ich die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Vertreter unserer Personalräte. Ich begrüße die Vertreter des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes und der Landwirtschaftskammer.

Mich freut das große Interesse der Medienvertreter und ich bedanke mich für die umfassende Berichterstattung über die Arbeit der Bezirksregierung im vergangenen Jahr.

10. Januar 2019

Seite 1/15

Regierungspräsidentin

Dorothee Feller

Telefon 0251/411-1000

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

Telefon: 0251/411- 0

Telefax: 0251/411- 82525

www.brms.nrw.de

_für die Region



Ich freue mich über jeden Einzelnen, der hier ist und wünsche Ihnen allen, Ihren Familien und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gutes, vor allem gesundes und friedvolles Jahr 2019!

Viele Umfragen zum Jahreswechsel belegen, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ihrer persönlichen Situation ganz gut zufrieden sind und zuversichtlich ins neue Jahr gehen. Doch wenn wir auf einige weltpolitische Entwicklungen schauen, kommen Sorgen auf: Allein wenn wir unseren Blick auf Europa richten, gibt es besorgniserregende Entwicklungen, die uns alle als Bürgerinnen und Bürger hier im Regierungsbezirk Münster wie auch als Unternehmer berühren können. Ich nenne nur das Stichwort BREXIT. Es ist zwar nicht Aufgabe einer Bezirksregierung sich mit außenpolitischen Themen zu befassen. Jedoch das Thema Europa berührt uns unmittelbar in unseren Zuständigkeiten und in unserem Bezirk. Alle Regierungspräsidenten dieser Behörde haben bei ihrer Tätigkeit immer nach Westen geschaut, zu unseren Nachbarn in den niederländischen Provinzen. Über viele Jahre konnte ich selbst als Vorsitzende des INTERREG-Ausschusses selbst erleben, welche strukturpolitischen Vorteile es bringt, wenn man Grenzen nicht mehr als Barrieren und Abgrenzung versteht. Viele Akteure – wirtschaftlich, kulturell, wissenschaftlich – in unserem Regierungsbezirk haben von dieser offenen Sichtweise profitiert. Wir hier im Münsterland erleben immer noch, wie wichtig es ist, dass dieses Selbstverständnis nicht verloren geht.

Deshalb werde ich den nächsten Wochen vermehrt auf die Bedeutung der Europäischen Union hinweisen.

Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren, genau hinschauen, werden Sie einen blauen Schimmer in unserem Foyer wahrnehmen. Ab spätem Nachmittag, wenn es draußen dunkel wird, erscheint in den nächsten Wochen unser Foyer im blauen Licht verbunden mit Symbolen von der Europäischen Union. Wir wollen damit auf die Bedeutung der Europäischen Union für unser Leben in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen sowie in unserem Regierungsbezirk hinweisen.

Im Mai dieses Jahres findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt und damit wohl eine der wichtigsten Wahlen in diesem Jahr. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat anlässlich ihrer Rede am 13. November 2018 vor dem Europäischen Parlament zu der



bevorstehenden Wahl ausgeführt: „Das wird ein großer Kampf“, da es dieses Mal um den Fortbestand der Europäischen Union selbst gehe. Denn mit dem Aufstieg der Rechtspopulisten formiere sich erstmals eine „sehr gefährliche“ politische Kraft, die das Projekt der europäischen Integration grundsätzlich in Frage stelle.

Wir in Deutschland sollten uns der Bedeutung der europäischen Integration für die Geschichte unseres Landes nach Krieg, Gewaltdiktatur, Flucht und Vertreibung immer bewusst sein. Der Frieden in unserem Deutschland, der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg, unser Grundgesetz, welches in diesem Jahr seinen 70. Geburtstag feiert und der wirtschaftliche Aufschwung, besonders auch hier in Nordrhein-Westfalen durch den Bergbau und die Stahlindustrie, ist auf das engste mit der Gründung der Europäischen Union bzw. ihrer Vorläuferinstitutionen verbunden.

Nach den Schrecken des 2. Weltkrieges und der anhaltenden Spannung zwischen Ost und West blieb die Frage nach der Erhaltung eines dauerhaften Friedens in Europa.

Winston Churchill rief in seiner berühmten Züricher Rede vor der akademischen Jugend schon im September 1946 zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf; wörtlich sagte er: „Es gibt ein Heilmittel, das (...) innerhalb weniger Jahre ganz Europa (...) frei und glücklich machen könnte. Dieses Mittel besteht in der Erneuerung der europäischen Familie, oder doch eines möglichst großen Teils davon. Wir müssen ihr eine Ordnung geben, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann. Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa errichten.“

Die Vorbedingung zur Schaffung eines geeinten Europa lag für ihn in der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Er gab zwar Deutschland eindeutig die Schuld am 2. Weltkrieg und sprach sich auch für Bestrafung aus; jedoch: „Wenn all das getan ist, so wie es getan werden wird (...), dann muss die Vergeltung ein Ende haben. (...) Wir müssen in die Zukunft schauen. Wir können es uns nicht leisten, den Hass und die Rachegefühle, welche den Kränkungen der Vergangenheit entsprangen, durch die kommenden Jahre mitzuschleppen. Wenn Europa vor endlosem Elend (...) bewahrt werden soll, dann muss es in der europäischen Völkerfamilie diesen Akt des Vertrauens (...) geben.“



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Winston Churchill diese Rede gehalten hat, war der 2. Weltkrieg gerade ein gutes Jahr zu Ende. Ein Weltkrieg, in dem rund 26 Millionen Soldaten in Europa gefallen sind und in dem rund 29 Millionen Zivilisten ihr Leben verloren haben.

Welches Glück war damals uns beschieden, dass in der Nachkriegszeit Menschen wie Winston Churchill in Europa mit in der Verantwortung standen, und eben nicht Menschen, die – ähnlich wie nach dem 1. Weltkrieg – nur die Bestrafung Deutschlands im Vordergrund sahen.

Die Züricher Rede stieß im Großen und Ganzen auf begeisterte Resonanz. Für viele Beobachter galt die Rede als Durchbruch für die Europaidee. Übrigens hat Churchill Großbritannien selbst nie als Teil der Europäischen Staaten gesehen, sondern eher als Pate von außen.

Am 9. Mai 1950 machte dann der französische Außenminister Robert Schumann auf einer Pressekonferenz den Vorschlag, die französische und deutsche Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Aufsichtsbehörde zu stellen – den Schumann-Plan. Diese Zusammenlegung sollte sowohl den Lebensstandard in Frankreich und Deutschland heben, als auch die Rüstungsindustrie kontrollieren und damit den Frieden in Europa sichern. Die wirtschaftspolitische Verflechtung durch die Abschaffung der Zolltarife für Kohle und Stahl sollte einen weiteren Krieg unmöglich machen. Die Verbindung der deutsch-französischen Kohle- und Stahlindustrie führte 1951 zur Entstehung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle- und Stahl und damit war der Grundstein zur Europäischen Union gelegt.

Die Gründung der EGKS wurde – auch in Deutschland – nicht von allen befürwortet. So fühlte sich zum Beispiel unser Bundesland Nordrhein-Westfalen schon damals – wie beim Digitalpakt heute – vom Bund nicht ausreichend eingebunden.

Natürlich ist gerade heute ein ganz wichtiges Gebot für die europäische Politik, bürokratische Überregulierungen zu vermeiden und offensiv auf die Vorteile des Zusammenwirkens hinzuweisen.

Doch mit unserem Wissen von heute und dem Glück, von bald 75 Jahren Frieden, können wir den Staatsmännern von damals für ihre



Besonnenheit, für ihre Weitsicht, für ihre Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen, für ihren Mut und für ihren Versöhnungswillen nur unendlich dankbar sein.

Sollte dies nicht für uns alle ein überzeugender Grund sein, in den nächsten Wochen, wo immer es geht, für die Idee der Europäischen Union zu werben, auch wenn man zu einzelnen Aspekten der europäischen Politik durchaus Vorbehalte haben kann? Ich meine „Ja“ und möchte alle dafür um Unterstützung bitten.

Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in seiner aktuellen Weihnachtsansprache zur mehr Kommunikation auch mit denen aufgefordert, die eine andere Meinung haben. Gerade im Zusammenhang mit der Europawahl sollten wir diesen Vorschlag beherzt aufgreifen.

Wir als Bezirksregierung Münster werden unseren Beitrag dazu leisten. So haben wir beispielsweise auf unserer Internetseite eine eigene Rubrik „#Unser Europa“ eingerichtet, in der wir aufzeigen, welche Bezüge bzw. Verbindungen unsere einzelnen Abteilungen zu Europa haben. Konkrete Projekte werden erläutert, geschichtliche Hintergrundinformationen werden gegeben und auf aktuelle Events in unseren beiden Regionen hingewiesen. Schauen Sie gerne einmal auf unserer Seite vorbei oder kommunizieren Sie mit uns über Twitter; Sie werden staunen, wie viele Berührungspunkte unser Bezirk beziehungsweise unsere Behörde mit Europa hat.

Aktuell läuft unser Fotowettbewerb zum Thema Europa unter dem Motto „#Europa-mehr als Du denkst“. Alle Bürgerinnen und Bürger unseres Regierungsbezirks, also auch Sie, können gerne ein Foto mit Europabezug bis zum 20. März einreichen. Wir freuen uns über eine große Teilnahme.

Wie schon ausgeführt, pflegen wir als Bezirksregierung Münster schon über Jahrzehnte zu unseren europäischen Nachbarn, den niederländischen Provinzen Gelderland und Overijssel, enge Beziehungen. Daher begrüße ich an dieser Stelle ausdrücklich die Vertretungen dieser beiden Provinzen mit einem Hartelijk Welkom. Die drei Kommissare der Provinzen Gelderland, Overijssel und Limburg sowie die Regierungspräsidentinnen von Köln, Düsseldorf und Münster treffen sich zweimal im Jahr zu sogenannten 3+3 Gesprächen, um konkrete Projekte anzustoßen. In diesem Jahr



wollen wir uns aktiv in das Regierungskonsultationsprogramm von Ministerpräsident Laschet und Ministerpräsident Rutte einbringen. Am 19. November letzten Jahres haben die beiden Ministerpräsidenten vereinbart, unter anderem zu folgenden Themen einen intensiveren Austausch zu pflegen:

- Im Bereich Wirtschaft vor allem zum Thema „Nachhaltige Wasserstoffwirtschaft“. Dies ist ein Thema, zu dem wir im Bezirk schon allein durch das Wasserstoffzentrum in Herten gute Erfahrungen gesammelt haben.
- Verstärkung der gemeinsamen trilateralen Chemiestrategie zwischen Niederlanden, Flandern und Nordrhein-Westfalen, um dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu erhöhen.
- Vertiefung der Kooperation im Bereich Mobilität und Verkehr, um vor allem die multimodalen Verkehrsverbindungen insbesondere zwischen den Seehäfen und den wirtschaftlichen Zentren im Hinterland zu stärken.

Diese Themenbereiche haben enge Berührungspunkte zu den Aufgabenstellungen der Provinzen und zu den Bezirksregierungen, sodass wir uns zum Vorteil unserer gemeinsamen Grenzregionen dazu einbringen werden. Welchen Nutzen wir davon haben können, hat sich schon bei dem Thema „Grenzinfopunkte“ gezeigt. Dieses Projekt ist ursprünglich aus einem INTERREG-Projekt hervorgegangen. Ziel ist es, die Barriere-Wirkung der Grenze für Bürger und Institutionen aktiv einzudämmen. Grenzpendler, wie zum Beispiel Arbeitnehmer, Studenten oder Arbeitssuchende können sich konkret beraten lassen zu Fragen von Sozialversicherungen, Steuern, Arbeitsvermittlung u.s.w.. Obwohl das Projekt sehr gut angenommen wurde, war die Fortsetzung der Finanzierung längere Zeit nicht gesichert und daher die Zukunft dieser Grenzinfopunkte gefährdet. Erst durch die Regierungskonsultationen ist in das Thema Bewegung gekommen und die Sicherung des Bestandes zeichnet sich ab. Aus unserer Sicht für die Region ein gutes Ergebnis, denn gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es auch für Arbeitgeber interessant, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen über die Grenze nach geeignetem Personal zu suchen.



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die stetige Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist jedoch nur eines von vielen wichtigen Themen, die wir in diesem Jahr als Behörde besonders in den Blick nehmen wollen.

Lassen Sie mich auf einige weitere aktuelle Themen der Bezirksregierung hier kurz eingehen:

Dazu gehört zunächst das Thema Bildung. Im Bildungsbereich sehen wir uns seit ca. zwei Jahren mit einem besonderen Problem konfrontiert, dem Lehrermangel. Es steht aktuell landesweit keine ausreichende Zahl an Lehrkräften zur Verfügung, insbesondere in den Bereichen Grundschule, Sonderpädagogik und in der Sekundarstufe I. In unserem Bezirk sind derzeit 320 Stellen unbesetzt. Hinzukommt, dass nach der aktuellen Lehrkräftebedarfsprognose des Schulministeriums in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich landesweit 78.000 Stellen neu zu besetzen sind.

Das Land hat verschiedene Maßnahmen angestoßen, die die Unterrichtsversorgung lang- und mittelfristig verbessern sollen. Dazu gehört zunächst, dass langfristig die Zahl der Studienplätze für Lehramtsanwärterinnen und –anwärter erhöht wird. Besonders wenn wir im Bereich Inklusion den Eltern ein echtes Wahlrecht zwischen Schulen des Gemeinsamen Lernens und Förderschulen einräumen wollen, brauchen wir mehr Sonderpädagogen.

Aus meiner Sicht muss dazu jedoch eine Grundbedingung erfüllt sein, damit junge Menschen sich überhaupt für einen Lehrerberuf entscheiden: Der Beruf muss in unserer Gesellschaft wieder deutlich mehr wertgeschätzt werden!

Die Lehrkräfte nehmen neben den Eltern eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ein. Wenn wir uns allein einmal vor Augen führen, was die Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der Integration geleistet haben, so habe ich einen großen Respekt vor ihrer Arbeit. Beispielsweise befanden sich in unserem Regierungsbezirk allein im Jahre 2017 12.200 Schülerinnen und Schüler, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, in einer sogenannten Klasse zur Erstförderung. Im Jahre 2018 waren es immerhin noch 9.600 Schülerinnen und Schüler. Diese Erstförderung und die weitere Betreuung in den Regelklassen kam für die schon zu wenigen Lehrerinnen und Lehrer noch als weitere Arbeit dazu. Sie



leisten damit einen enormen Beitrag zur Integration dieser jungen Menschen in unsere Gesellschaft. Vielen Dank dafür!

Um den Mangel an Lehrkräften abzufedern, benutzen wir verschiedene Maßnahmen, wie zum Beispiel die Beschäftigung von pensionierten Lehrkräften, das Hinausschieben des Ruhestandes, die Ablehnung von Teilzeitanträgen, die Einstellung von Seiteneinsteigern oder Besetzung von Grundschulstellen mit Sekundarstufe II-Lehrkräften. Wir selber haben zusätzlich das Münsteraner Modell entwickelt. Es sieht vor, dass Lehrkräfte an Grundschulen im Münsterland eingestellt werden verbunden mit der Verpflichtung, zunächst zwei Jahre an Schulen in der Emscher-Lippe-Region zu unterrichten, um regionale Unterschiede in der Unterrichtsversorgung zu minimieren.

Ein Thema, was wir mir im Schulbereich besonders am Herzen liegt und wo wir als Bezirksregierung in diesem Jahr ebenfalls einen Schwerpunkt legen wollen, ist das Thema „Politische Bildung“ an Schulen. Oberstes Ziel schulischer Bildung ist, junge Menschen zu befähigen, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen. Gerade in einer Zeit der Migration und globaler Verflechtungen ist es eine besondere Aufgabe auch der Schulen den sensiblen Umgang mit Vielfalt, das Eintreten für Partnerschaft und Solidarität in Europa und der Welt sowie die Förderung von Respekt und Toleranz bewusst zu machen. Schülerinnen und Schüler müssen lernen, vereinfachten Gesellschaftsbildern entgegenzutreten und sich aktiv mit ihnen auseinanderzusetzen. Schule müssen Orte sein, an denen Demokratie als dynamische und ständige Gesellschaftsaufgabe reflektiert wird. Daher werden wir beispielsweise vermehrt für die Durchführung von Gedenkstättenfahrten zu den Schlachtfeldern des 1. Weltkrieges werben, ebenso wie für den Besuch von Vernichtungslagern des Dritten Reiches oder zu Gedenkstätten des SED-Regimes. Wir wollen uns gegenüber Schulleitungen dafür stark machen, Mandatsträger in die Schulen einzuladen, besonders auch kommunale Mandatsträger.

Denn dadurch, dass die jungen Menschen immer weniger örtliche Zeitungen lesen und sich über die Geschehnisse in der Welt nur noch in Online-Portalen informieren, geht bei vielen die Information über die örtlichen Geschehnisse in ihrer Kommune verloren. Daher ist es



enorm wichtig – auch um eine neue Generation von Mandatsträger/-innen für die Stadträte aufzubauen – die jungen Menschen schon früh für die Kommunalpolitik zu interessieren.

Schon im vergangenen Jahr haben wir einen besonderen Schwerpunkt im Bereich digitale Bildung gesetzt, den wir auch in diesem Jahr fortsetzen werden.

Mit unserer Gigabit-Geschäftsstelle – besetzt mit Verwaltungsfachleuten und Pädagogen – sowie in enger Abstimmung mit unserer Schulabteilung werden die Schulträger in allen Fragen rund um das Thema digitaler Bildung, einschließlich der Ausstattung der Schulgebäude und der Förderung beraten. Seit Oktober 2018 wurden alle Schulträger in Vor-Ort-Veranstaltungen durch die Gigabitgeschäftsstelle ausreichend informiert und auf das Inkrafttreten des Digitalpaktes vorbereitet.

Zudem sind wir dabei, Netzwerke zwischen Softwareunternehmen und Schulen zu knüpfen. So können Lehrerinnen und Lehrer die Erwartungen der Unternehmen kennenlernen und Schülerinnen und Schüler bekommen Einblicke in die Arbeit von Softwareunternehmen und vielleicht Interesse an entsprechenden Arbeitsplätzen. Meines Erachtens ein wichtiger Beitrag, damit Deutschland auf Dauer auch im Bereich Technologie besser dasteht.

Unsere Gigabitgeschäftsstelle berät jedoch nicht nur im Bereich der digitalen Bildung, sondern umfassend zum Themenfeld Digitalisierung, vor allem zu den verschiedenen Förderprogrammen. Insgesamt hat die Bezirksregierung schon rund 330 Millionen Euro an Fördermittel für den Breitbandausbau in unseren Regionen bewilligt. Es gibt in unserem Regierungsbezirk viele Kommunen, die den Breitbandausbau vorbildlich vorantreiben.

Dennoch müssen wir in Deutschland aufpassen, dass wir im Bereich der Digitalisierung – und dazu gehört neben dem Breitbandausbau auch der Ausbau des Mobilfunknetzes mit 4G/5G sowie die Ansiedlung bzw. Förderung von Softwareunternehmen – den Anschluss an Länder wie die USA oder China nicht völlig verliert. Nach einer aktuellen Studie des Beratungsunternehmens P3, die von der Grünen-Fraktion aus unserem Landtag in Auftrag gegeben wurde, geht hervor, dass selbst in Polen und Albanien Kunden der Deutschen Telekom mit 80 Prozent eine bessere Netzabdeckung erreichen als hier in Deutschland mit 75 Prozent. Die Abdeckung in Österreich liegt sogar bei 84 und in unserem Nachbarland den Niederlanden bei 90 Prozent.



Sicherlich darf kritisch gefragt werden, ob in jeden Winkel unseres Landes 5G erforderlich ist. Jedoch sollte meines Erachtens in einer so reichen Nation wie Deutschland zum einen 4G überall Standard sein, und zum anderen die Frage der Ausweitung von 5G sich nicht nach der geographischen Lage „Stadt oder Land“ richten, sondern nach Bedarfen. Denn gerade auch für den ländlichen Raum kann eine gute Anbindung eine große Chance sein, als Wohn- und Wirtschaftsstandort interessant zu bleiben oder wieder zu werden. Auch brauchen zum Beispiel landwirtschaftliche Betriebe für ein Digital Farming eine gute 5G-Anbindung.

Von den 28 EU-Staaten ist Deutschland im letzten Jahr leider bei der Umsetzung der Digitalisierung auf Rang 14 abgerutscht. Wir alle – Verwaltungen, Wirtschaft, Politik – sind hier gefragt, dass Deutschland nicht nur im Bereich der Industrie ein erfolgreiches Land bleibt, sondern auch im Bereich der Digitalisierung beziehungsweise der Technologie ein erfolgreiches Land wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei den vielen Gesprächen, die ich im vergangenen Jahr mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aber auch mit Vertretungen von Unternehmen, Kammern und Verbänden geführt habe, ist ein Thema immer wieder zur Sprache gekommen, das offensichtlich allen gleichermaßen unter den Nägeln brennt: Ich meine das Thema „Fläche“.

Vor dem Hintergrund, dass Fläche ein endliches Gut und nicht vermehrbar ist, bleibt es eine schwierige Aufgabe, allen Ansprüchen gerecht zu werden:

- Für die Landwirtschaft ist ausreichend Fläche eine Existenzvoraussetzung, ein unabdingbarer Produktionsfaktor. Entsprechend sinkt die Bereitschaft, Flächen für die Siedlungsentwicklung bereit zu stellen.
- Auch eine wachsende gewerbliche Wirtschaft ist auf Flächen angewiesen. Die Unternehmen haben sich gerade im Münsterland hervorragend entwickeln können, auch weil ausreichend Entwicklungsflächen zur Verfügung standen.
- Flächen sind aber auch für den Wohnungsbau erforderlich. Von „Wohnungsknappheit“ ist längst nicht mehr nur im



Oberzentrum Münster die Rede, auch viele andere Kommunen spüren eine große Nachfrage.

- Die Umweltverbände möchten die zunehmende Flächeninanspruchnahme durch Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur dagegen minimieren. Nicht zuletzt führen uns die Auswirkungen des Klimawandels drastisch vor Augen, was passiert, wenn wir hier keine adäquate Vorsorge treffen.

Die Interessen sind also sehr unterschiedlich und teilweise gegenläufig, ein Interessenausgleich daher nur schwer zu erreichen.

Wir als Bezirksregierung werden uns dieser Herausforderung - auch zusammen mit dem Regionalrat - stellen und zum Beispiel im Rahmen der bevorstehenden Überarbeitung des Regionalplans uns intensiv damit befassen, wie wir die unterschiedlichen Raumansprüche möglichst verträglich in ein neues Planwerk „gießen“ können. Wir werden uns zusammen mit den regionalen Akteuren, den Kommunen, Kreisen, Kammern und Verbänden und vielen anderen Gedanken machen, wie ein regionales Gewerbeflächenkonzept aussehen kann, wie wir Stadt-Umland Beziehungen und interkommunale Kooperationen unterstützen und gestalten können und wie sich Siedlungs- und Verkehrsentwicklungen mit den Belangen des Naturschutzes und der Landwirtschaft vereinbaren lassen. Ich fordere alle Akteure auf, sich hier mit guten Ideen, Lösungsvorschlägen und der Bereitschaft zu Kompromissen für unsere Region einzubringen! Mit der Überarbeitung des Regionalplans legen wir den Grundstein für die Entwicklung der nächsten Jahre in unserer Region!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch in diesem Jahr werden wir unsere Emscher-Lippe-Region bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen begleiten. Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr durch den Beginn des Prozesses „Ruhrkonferenz“ deutlich gemacht, wie wichtig ihr eine verbesserte strukturelle Entwicklung des Ruhrgebietes ist. Zwar mussten wir alle lernen, dass der Begriff „Ruhrkonferenz“ nicht nur für eine Veranstaltung steht, sondern darunter auch Prozesse subsumiert werden können, das sollte aber die Bedeutung der aktiven Rolle der Landesregierung im Ruhrgebiet nicht schmälern, eher im Gegenteil. Da wir von je her als Bezirksregierung Münster mit



der Emscher-Lippe-Region eng verbunden sind und mir persönlich meine Heimatregion sehr am Herzen liegt, werden wir uns als Bezirksregierung in den „Ruhrkonferenz-Prozess“ einbringen und Acht geben, dass unsere Emscher-Lippe-Region gut berücksichtigt wird. Erst gestern habe ich dazu mit meinem Kollegen aus Arnsberg, Hans-Josef Vogel, zusammengesessen und ein gemeinsames Strategiepapier vereinbart, was wir in die Konferenz über den Chef der Staatskanzlei einfließen lassen wollen.

Schon vor einigen Wochen haben der Lippeverband, die Anrainerkommunen der Lippe und wir verabredet, Maßnahmen zu überlegen, wie wir durch noch mehr Projekte die Lippe vom Grenzraum zwischen der Emscher-Lippe-Region und dem Münsterland zu einem Begegnungsraum entwickeln können. Unser Ziel ist es, die Grenzen aus unseren Köpfen zwischen Emscher-Lippe-Region und Münsterland auf Dauer wegzubekommen, die sich heute allein schon bei verschiedenen Tarifen im öffentlichen Nahverkehr allzu deutlich machen.

Oberstes Ziel – gerade auch nach der Schließung der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop – muss es sein, innovative, zukunftssträchtige Unternehmen in die Region zu holen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Das dies gelingen kann, zeigen folgende drei Projekte, die wir als Behörde eng begleiten dürfen:

- Projekt „gate.ruhr“
Ende 2015 wurde das Bergwerk Auguste Victoria 3/7 in Marl geschlossen. Auf dem Gelände des stillgelegten Bergwerks soll der Industrie- und Gewerbepark gate.ruhr in der Größe von rund 50 ha entstehen. Die Herrichtung eines Bergwerkgeländes als Gewerbegebiet ist für alle Beteiligten eine große Herausforderung und wir als Behörde unterstützen hier die Kommune Marl und alle anderen Akteure aktiv.
- Ebenso geht es bei dem Projekt „Freiheit Emscher“ um die Erschließung von ehemaligen Zechenflächen. Bei diesem Gebiet geht es um ein interkommunales Projekt mit rund 20 ha auf dem Gelände der Zeche Prosper in Bottrop und 124 ha auf Essener Gebiet. Es geht dabei um Themen wie die Herrichtung von Gewerbe-, Industrie- und Wohnflächen, landschaftliche Entwicklung, verkehrliche Anbindung sowie moderne Mobilität. Sie können schon bei diesen Angaben erahnen, dass dies ein Projekt von sehr großer Dimension ist, wo sicherlich viele Akteure gebraucht werden und vor allem ein langer Atem. Dieses Projekt hat jedoch das Potential, sich



als Modell für einen erfolgreichen Strukturwandel zu entwickeln.

- Zu unserer aller Freude wird Evonik in den nächsten Jahren rund 1 Milliarde Euro für Industrieanlagen in der Emscher-Lippe-Region in die Hand nehmen. Im Chemiapark Marl wird Evonik in den kommenden Jahren für rund 400 Millionen Euro in die Produktion von Polyamid 12-Pulver investieren. Dieser Kunststoff wird unter anderem von 3D-Druckern verwendet, die im zunehmenden Maße für die Fertigung zum Beispiel von Ersatzteilen in der Autoindustrie oder Medizintechnik zur Anwendung kommen. Zudem wird Evonik zwei Gaskraftwerke in der Region errichten. Für all diese Vorhaben sind wir Genehmigungsbehörde und werden daher die Errichtung eng begleiten.

All diese Projekte sind wichtige Signale für die Zukunftsfähigkeit und Leistungsstärke der Emscher-Lippe-Region!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im vergangenen Jahr haben wir zusammen mit dem Verkehrsminister das Vorhaben „Mobiles Münsterland“ angestoßen und dazu Fördergeld von 334.000 Euro übergeben. In einem Zeitraum von drei Jahren soll in Münster und dem Münsterland ein modernes Mobilitätssystem entstehen. Wichtig ist die Einbindung aller Mobilitätsangebote in ein integriertes Gesamtsystem, damit die Nutzer multi- und intermodal unterwegs sein und digital die Angebote buchen können. Leider soll die dazu erforderliche Konzeptionierung erst im Frühjahr dieses Jahres fertig sein. Wir haben jedoch als Bezirksregierung die Erwartung, wenn dieses Konzept dann vorliegt und wenn parallel die Förderrichtlinie „Mobilitätsmanagement“ des Landes in Kraft ist, dass wir dann in der Region das Thema Mobilität beherrscht angehen und verschiedene Mobilitätsformen ausprobieren. Sobald die Förderrichtlinie vorliegt, werden wir die Kommunen informieren und ermuntern, sich zu beteiligen, damit der Regierungsbezirk eine Vorreiterrolle in Sachen moderne Mobilität einnimmt.

Neben dem Vorhaben „Mobiles Münsterland“ dürfen wir jedoch den Blick für die „großen“ Verkehrsthemen – sprich Bundesautobahnen, Bundesfernstraßen, Bahnverbindungen – nicht aus dem Blick verlieren. Gerade im Bereich Schienenverkehr hat die Bahn für NRW



etliche Sanierungsmaßnahmen für die nächsten Jahre angekündigt, die zu weiteren Beeinträchtigungen führen werden.

Besonders die „großen“ Verkehrsthemen sind für mich ein klassisches Beispiel dafür, dass wir sie als Münsterländer nicht alleine angehen sollten, sondern uns Verbündete suchen und mit diesen gemeinsam Gehör verschaffen sollten. Weder eine Schiene noch eine Bundesautobahn im überregionalen Verkehrsnetz startet und endet allein im Münsterland.

Daher werbe ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für eine engere Zusammenarbeit in Westfalen. Wenn bei bestimmten Themen die westfälischen Regionen gemeinsam ihre Stimme sowohl in Richtung Düsseldorf wie auch in Richtung Berlin erheben, hat dies wesentlich mehr Gewicht. Ich hatte vorhin ausgeführt, dass sich die Landesregierung durch die Ruhrkonferenz derzeit intensiv um das Ruhrgebiet kümmert, was wir für unsere Emscher-Lippe-Region ausdrücklich begrüßen. Wenn in ein paar Wochen oder Monaten die Ergebnisse der Kohlekommission auf Bundesebene vorliegen, dann wird der Bund und damit zwangsläufig auch das Land sich verstärkt auch im rheinischen Revier engagieren. Und dann kann es gut sein, wenn in berechtigten Einzelfällen der Landesteil Westfalen auf sich aufmerksam macht, schon bevor es um die Verteilung von Fördergeldern geht. Denn die westfälischen Regionen sind ein starker und für den wirtschaftlichen Erfolg wichtiger Landesteil von Nordrhein-Westfalen! Ich bin überzeugt davon, dass wir durch einen engeren Austausch unter den westfälischen Regionen mehr Synergieeffekte erzeugen können und müssen, die unsere westfälischen Stärken weiter stärken und uns noch zukunftssicherer machen.

Seit dem letzten Jahr treffen sich in unregelmäßigen Abständen eine „Allianz der Willigen“, um diese Synergiebildung in Westfalen voranzutreiben. Zu dieser Allianz gehören neben meiner Kollegin Marianne Thomann-Stahl und meinem Kollegen Hans-Josef Vogel unter anderem Vertretungen der hiesigen Fachhochschule, aus der Wirtschaft, vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, vom Verein Westfalen-Initiative sowie „westfälische Funktionsträger“ aus der jetzigen Landesregierung. Eine Idee, die in dieser Runde mit geboren wurde, ist eine Veranstaltung für kleinere Kommunen. Wir drei westfälischen RegierungspräsidentInnen wollen unter anderem mit Unterstützung der Fachhochschule Münster im Sommer dieses Jahres eine Veranstaltung für alle Kommunen Westfalens mit einer



Einwohnergröße von bis zu 15.000 Einwohner organisieren, da gerade Kommunen von dieser Größenordnung vor besonderen Herausforderungen stehen bei Themen wie beispielsweise Personalgewinnung, E-Government, Auswirkungen des Online-Handels u.s.w..

Daneben bereiten wir weitere Themen – zum Teil in guter Kooperation mit dem Landesdirektor Matthias Löb – vor, die wir im Laufe des Jahres vorstellen werden. Dabei wird es sicherlich auch darum gehen, uns eine Struktur zu überlegen, wie wir die „Allianz der Willigen“ vergrößern und in festere Strukturformen gießen können, allein schon um eine gemeinsame Haltung in Westfalen wie zum Beispiel zu Verkehrsthemen abzustimmen.

Ich wünsche mir, dass unsere „Allianz der Willigen“, stetig wächst und wir immer mehr Synergien in Westfalen bilden – nicht, um die Souveränität der einzelnen westfälischen Regionen in Frage zu stellen, jedoch um die Stärken von Westfalen besser herauszustellen und zu fördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viele Themen, die für unseren Regierungsbezirk von großer Bedeutung sind - wie zum Beispiel der Luftreinhalteplan Gelsenkirchen, die Zukunft der INTERREG-Förderung, die neue Aufgabe der Bezirksregierung Münster im Bereich Ausgleichsfonds für die Ausbildung der Krankenpfleger und – pflegerinnen oder die Entwicklungen im Bereich Kommunalfinanzen habe ich heute nicht angesprochen. Denn ein Neujahrsempfang dient nicht nur zum Zuhören, sondern auch zum Austausch und zur Vernetzung. Zudem ist das Jahr noch jung und es bieten sich sicherlich noch Möglichkeiten, die anderen Themen zu vertiefen.

Ich bedanke mich bei dem Quartett XENON aus Köln für die „europäische Musik“; sie werden uns noch 2 Stücke spielen. Und ich bedanke mich bei den Sternsängern, die nun singen und durch die Reihen gehen werden und sich über jede Spende freuen!

Ich wünsche Ihnen allen viele interessante Gespräche und noch einmal alles Gute für das neue Jahr!